

ren dennoch Bewunderer der römischen Errungenschaften (allerdings nicht durchweg der gleichen)¹⁶⁹; beide waren dankbar für die Aufnahme, die sie in der Hauptstadt fanden¹⁷⁰; und vor allem strebten beide danach, ihre Stammesbrüder – Dionysius die Griechen, Josephus die Juden – zu überzeugen, dass sie sich mit der Herrschaft Roms abfinden müssten¹⁷¹. Auf die tieferen Belange jedoch erstreckt sich ihre Übereinstimmung nicht. Dionysius bekämpft die griechische Abstempelung der Römer als *Parvenus* damit, dass er das Alter der römischen Geschichte betont¹⁷². Dem Leser von Josephus werden am Judentum gemessen beide westlichen Kulturen als Emporkömmlinge erscheinen. Dionysius empfiehlt die Römer mit der These, dass sie grossenteils griechischer Herkunft seien¹⁷³. Eine derartige Argumentation wird man in Josephus vergebens suchen: Römer und Juden bleiben getrennt. Dionysius hält dafür, dass die Rö-

¹⁶⁹ S. E. Cary, *Dionysius von Halikarnass* (Loeb Classical Library), Bd. 1, 1937, S. XI ff., XX ff.

¹⁷⁰ Dionysius von Halikarnass, *Römische Altertümer* 1.6.5.

¹⁷¹ Dionysius von Halikarnass, *Römische Altertümer* 1.4.2 ff.

¹⁷² Dionysius von Halikarnass, *Römische Altertümer* 1.4.1.

¹⁷³ Dionysius von Halikarnass, *Römische Altertümer* 1.5.1, 90.1 f., 7.70.1 ff.

mer zur Herrschaft ausersehen sind, weil sie die übrigen Griechen überragen, und kraft Naturgesetzes gebührt eben die Führung dem besten¹⁷⁴. Josephus zufolge herrschen sie, weil es so gewollt ist von Gott, seinem Gott, dem Gott der Juden, der, wie so oft in der Vergangenheit, über den Ungehorsam seines Volkes erzürnt, es dem fremden Machthaber ausliefert – bis es Reue zeigt. Um das rechte Bild von Josephus im Vergleich mit Dionysius zu gewinnen, denkt man daher am besten an Abhandlungen wie *De servo arbitrio*, das gegen *De libero arbitrio* gerichtet ist, oder an die Gelehrten, die im 19. Jahrhundert der Römischen Rechtsgeschichte eine Deutsche entgegensetzten, oder an die Frauenrechtlerinnen der Gegenwart, die über Grosse Erfinderinnen anstatt über Grosse Erfinder schreiben.

Wir haben nur spärliche Nachrichten über das Leben von Dionysius. Von Josephus wissen wir, dass er für seine Sendung – gleichgültig, wie wir sie beurteilen mögen – Frau (seine Mitgefängene, die ihn verliess, als er nach Erlangung der Freiheit Vespasian folgte)¹⁷⁵, Heimat und Ruf opferte.

¹⁷⁴ Dionysius von Halikarnass, *Römische Altertümer* 1.5.2.

¹⁷⁵ Josephus, *Leben* 75.415. S. oben, Anmerkung 96.

12 ISRAEL:

Dokumente zum Abkommen von Camp David

Nachstehend geben wir folgende Dokumente wieder, die sich mit Israel befassen:

Ein Schreiben von Ministerpräsident *Begin* vom 17. 9. 1979 an Präsident *Carter* anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung der Abmachungen von Camp David vom 17. 9. 1978 — Einen Beitrag über

Autonomieverhandlungen — Aus einem Interview mit *Shimon Peres* — Zur Akkreditierung von Botschaftern am 26. 2. 1980 in Kairo und Jerusalem — Über in Israel hervorgerufene Besorgnis wegen veränderter Haltung in Westeuropa gegenüber Israel zeugt die Rede von *Abba Eban* in der Knesset vom 19. 3. 1980.

I Schreiben von Ministerpräsident Menachem Begin an Präsident Jimmy Carter anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens von Camp David

Lieber Herr Präsident,

an diesem ersten Jahrestag anlässlich der am 17. September [1978] in Washington unterzeichneten Abkommen von Camp David erinnere ich mich lebhaft der wundervollen Gastfreundschaft, die Sie und Ihre gnädige Frau meiner Frau, meinen Kollegen und mir selbst gewährten in jenen 13 Tagen der folgeschweren Konferenz. Ich erinnere mich sehr an die Sitzungen, die lebhaften Debatten, die gegenteiligen Meinungen und die Schwierigkeiten, die wir alle zu überwinden hatten, an das Abwägen jedes einzelnen Satzes und Wortes und schliesslich an die Freude über die erreichte Verständigung, die die Grundlage der historischen Abkommen wurde. Daraus ging der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel hervor, der ein Wendepunkt in den Annalen des Mittleren Ostens wurde. Dies brachte den positiven Begriff voller Autonomie für die palästinensisch-arabischen Einwohner von Judäa, Samaria und des Gaza-Streifens hervor.

Sie, Herr Präsident, taten Ihr Äusserstes durch Ihre eigene harte Arbeit, um dieses Abkommen zu ermöglichen. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen an diesem denkwürdigen Jahrestag von Herzen zu danken für Ihre grosse Unterstützung, die Sie sowohl Ägypten als auch Israel erwiesen haben, um eine Annäherung zwischen den beiden Ländern zu erreichen, die 31 Jahre im Kriegszustand waren und nun Frieden geschlossen haben, – der erste Schritt zu einer allgemeinen und umfassenden Regelung im Mittleren Osten.

Es gibt Menschen, die diese moralische internationale Leistung noch nicht würdigen. Aber viele Millionen von Männern und Frauen guten Willens werden sich mit uns gemeinsam über diesen Erfolg freuen. Ihr Segen ist unsere Freude und Quelle der Genugtuung.

Nehmen Sie, Herr Präsident, meine allertiefste Dankbarkeit entgegen für das, was Sie, mit solcher Hingabe, im Dienste des Friedens getan haben.

Ihr ehrerbietig ergebener Menachem Begin

II Autonomie — die Weisheit von Camp David^{*/**}

»Es ist dies das erste Mal, dass die palästinensischen Araber eine Chance haben, sich etwas zu sichern – Fortschritte zu erzielen hinsichtlich ihrer Stellung in diesem Land und in der Region. Es ist nämlich wenig, was sie aus den Erklärungen europäischer Politiker, aus UN-Resolutionen oder aus Aktivitäten von Terroristen gewinnen können... Die Erfahrung zeigt, dass sie durch ihre extremistische Haltung nicht in der Lage waren, in der Praxis irgend etwas zu erreichen. Der einzige konkrete Vorschlag, der ihnen eine Chance gibt, heute eine ernst zu nehmende Position einzunehmen – und bei der Festlegung dieser Position innerhalb der Region selbst eine Rolle zu spielen, ist der Autonomie-Plan.«

(Jitzhak Shamir, Aussenminister des Staates Israel, in einem Interview mit dem israelischen Rundfunk am 21. März 1980)

Die augenblicklichen Verhandlungen über die Gewährung einer Autonomie für die palästinensisch-arabischen Einwohner von Judäa-Samaria und Gaza sind das Ergebnis einer ausgehandelten Übereinkunft, auf die sich Israel, Ägypten – der wichtigste Staat der arabischen Welt – und die Vereinigten Staaten in Camp David geeinigt haben¹. Dieses Rahmenwerk ist die Frucht schwieriger Verhandlungen, die sich über etwa zehn Monate erstreckten; es stellt einen Triumph des Kompromisses dar und zeigt den einen sicheren Weg durch die widerstreitenden Erwägungen und Interessen, die die arabische Welt in fünf grossen Kriegen gegen Israel aufgebracht haben. Das Rahmenwerk fusst auf den Resolutionen 242² und 338³ des Weltsicherheitsrates.

Wie es sowohl durch die Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 – die den Unabhängigkeitskrieg beendeten –, wie auch durch das Interims-Abkommen von 1975 – das den Jom-Kippur-Krieg von 1973 beendete –, anerkannt wurde, muss ein Friede notwendig von denselben Parteien geschlossen werden, die sich an den Kämpfen beteiligten. So hat nach Israels Auffassung stets das Hauptgewicht darauf gelegen, mit jedem seiner arabischen Nachbarn, der sich dazu Willens zeigt, einen Frieden zu erwirken. Der deutliche Folgesatz dieses Wunsches war, dass die arabischen Staaten ihre eingeschworenen Absichten, Israel zu zerstören, ablegen – und Israel als souveränen und anerkannten Nachbarn akzeptieren sollten. Auf dieser Basis kam Präsident Sadat im Jahre 1977 nach Jerusalem. Und auf dieser Basis geschah es auch, dass der Prozess begann, der zu den Übereinkünften von Camp David und schliesslich zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag führte.

Während seines Besuches in Ismailia im Dezember 1977 schlug der Premierminister Israels vor, dass zusätzlich zu einem Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten das Problem der palästinensischen Araber (sofern Einwohner von Judäa, Samaria und Gaza) mit der Absicht einer Lösung angegangen werden sollte. Damit kam zum ersten Mal die Idee einer Autonomie auf⁴.

Israels Vorschlag

Israels Vorschlag für eine selbstverwaltende Behörde wurde zu einem Zeitpunkt vorgelegt, da keine andere akzeptable Formel für die Lösung eines Problems vorlag, das die arabischen Staaten geschaffen hatten.

* Aus israelischem Pressebericht. ** Aus dem Englischen übersetzt.

¹ Vgl. in: FrRu XXIX/1977, S. 77 f.

^{2/3} Vgl. Resolution Nr. 242 vom 22. 11. 1967, Resolution Nr. 338³ vom 22. 10. 1973, in FrRu XXV/1973, S. 73 f.

⁴ S. o. Anm. 1 vgl. *ibid.* S. 76 u. S. 159.

(Alle Anmerkungen d. Red. d. FrRu.)

Der Plan war ein historischer Wendepunkt für die palästinensischen Araber, da er ihnen einen Status und Vorteile anbot, die sie nie zuvor besessen hatten und die bis dahin auch niemand vorgeschlagen hatte.

Das Autonomie-Abkommen war geplant als eine praktische Lösung hinsichtlich des Status der palästinensischen Araber. Diese Lösung sollte die Bedürfnisse aller betroffenen Parteien befriedigen: Israels Bedürfnis nach Sicherheit und strategischer Tiefe an seiner östlichen Begrenzung; den ägyptischen Wunsch, weiterhin zur arabischen Sache zu stehen; schliesslich – aber nicht zuletzt! – das Bedürfnis der palästinensischen Araber, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten.

Das Wesen des Planes ist einfach. Den arabischen Bewohnern soll gewährt werden, all solche Bereiche ohne Einmischung selbst zu verwalten, die zur rechtmässigen internen Verwaltung gehören; nur Angelegenheiten, die sich für Israel nachteilig auswirken können, sollen davon ausgenommen bleiben. Israel wird all solche Gewalten und Funktionen beibehalten, die für seine Verteidigung und seine Sicherheit von grundlegender Bedeutung sind.

Am 16. Januar 1980 legte die israelische Delegation bei den Autonomie-Gesprächen im Mena Haus (Giza) ein detailliertes Modell für den vorgeschlagenen Verwaltungsrat vor. Dieses Modell war sorgfältig vorbereitet. Der Plan bot den Einwohnern Judäas, Samarias und des Gazastreifens zum ersten Mal in der Geschichte an, die vollkommene Kontrolle über alle Angelegenheiten ihres täglichen Lebens selbst in die Hand zu nehmen. Ausserdem bot es ihnen erstmals die Möglichkeit, an der Bestimmung ihrer Zukunft realen Anteil zu nehmen.

Das Modell definiert drei Kategorien von Gewalten und Verantwortlichkeiten:

1. solche, die vollkommen in die Hände des Verwaltungsrates übergehen sollen – dazu die generelle Vollmacht, Bestimmungen zu erlassen, über Budgets zu entscheiden und sie zu verwalten, Verträge einzugehen; ausserdem die Rechts- und Geschäftsfähigkeit und die Vollmacht, Personal zu beschäftigen;
2. solche Funktionen, die gemeinsam und in Zusammenarbeit ausgeübt werden sollen – etwa Aussenhandel, Wasserversorgung, Regionalplanung etc.;
3. solche Gewalten und Funktionen, die unter Israels Autorität verbleiben sollen – so etwa Verteidigung und Sicherheit, Aussenpolitik, Briefmarken, Währung usw.

Im Gegensatz dazu haben Kairo eigene Vorschläge in vielerlei Hinsicht keine Grundlage in den Übereinkünften von Camp David, sondern laufen einigen derer grundlegenden Prinzipien zuwider.

Während der anfänglichen, fünfjährigen Periode der Autonomie sollen alle Wahlmöglichkeiten offenbleiben, und dann sollen die Ansprüche der Parteien verhandelt werden. Diese Verhandlungen sollen »basieren auf den Vorschriften und den Grundlagen der Resolution 242 des Weltsicherheitsrates« und sollen »den letztendlichen Status« der fraglichen Gebiete »festlegen«. Gemäss den Übereinkünften von Camp David sollen zwei einzelne, jedoch voneinander abhängige Gremien zusammentreten: Eines – bestehend aus Israel, Ägypten, Jordanien und den gewählten Repräsentanten der Einwohner Judäas, Samarias und des Distriktes Gaza –, das über den letztendlichen Status dieser Gebiete verhandeln soll; das zweite – bestehend aus den Repräsentanten Israels, Jordaniens und der Einwohner der betroffenen Gebiete –, das den Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien verhandeln soll.

Die israelischen und ägyptischen Positionen – ein Vergleich
Die ägyptischen Vorschläge würden – wenn angenommen – einen irreversiblen Prozess in Gang setzen, der zur Errichtung eines unabhängigen palästinensisch-arabischen Staates führen würde. Ein solcher Prozess würde jegliche Möglichkeit eines territorialen Kompromisses oder einer funktionalen Teilung der Autorität effektiv zerstören – und würde somit jedwede Aussichten, die für einen Friedensschluss mit Jordanien bestehen, schwerwiegend gefährden. Das Abkommen von Camp David stellt deutlich fest, dass die endgültige Entscheidung über den Status der verwalteten Gebiete im Anschluss an die fünfjährige Übergangsperiode – getrennt von der Autonomie! – getrennt in Gesprächen verhandelt werden soll, die drei Jahre nach Verwirklichung der Autonomie beginnen sollen.

Vergleich der Positionen

Während entscheidende Übereinkünfte über die Modalitäten der Wahl der Verwaltungsbehörde erreicht werden konnten, bestehen substantielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den ägyptischen und israelischen Positionen, was die folgenden Bereiche anbelangt:

a) *Die Beschaffenheit der Autonomie:* In Übereinstimmung mit den Abmachungen von Camp David besteht die Haltung Israels darin, dass die Autonomie sich auf die Einwohner Judäas, Samarias und des Bezirkes Gaza erstrecken solle. Ägypten ist demgegenüber der Auffassung, dass die Autonomie sich auch auf die Gebiete als solche erstrecken müsse.

b) *Die Beschaffenheit des Selbstverwaltungsrates:* Israels Position besagt, dass es einen Verwaltungsrat geben soll – und wie in den Übereinkünften dargestellt, bietet der Ausdruck ›Verwaltungsrat‹ nicht nur die Definition der Macht dieser Behörde, sondern auch die Qualifikation. Ägypten fordert demgegenüber die volle legislative und exekutive Autorität – zusätzlich zur Rechtspflege. Ein Verwaltungsrat kann per definitionem solche Macht nicht ausüben, denn diese Macht wäre keine andere als die eines unabhängigen Staates.

c) *Die Befugnisse der Selbstverwaltungsbehörde:* Diese

sollte laut den Übereinkünften von Camp David unter den Parteien ausgehandelt werden. Israel vertritt daher die Auffassung, dass die Machtbefugnisse des Selbstverwaltungsrates gemeinsam festzulegen seien. Ägypten meint demgegenüber, dass alle Macht, die augenblicklich von der israelischen Militärverwaltung ausgeübt wird, der Selbstverwaltungsbehörde zu übergeben sei. Diese Position ist für Israel nicht akzeptabel, da gewisse Machtbefugnisse – wie etwa die der Sicherheit – aus offensichtlichen Gründen nicht übertragen werden können.

d) *Die Verleihungsinstanz der Autorität:* Jede Autonomie (und Beispiele dafür sind zahlreich) bedarf einer Gewalt, die sie gewährt; und das gilt insbesondere für eine Autonomie, die auf eine Übergangsperiode befristet ist. Es ist demzufolge die Ansicht Israels, dass die bestehende Instanz der Autorität (für die Autonomie) die Militärverwaltung sein müsse. Irgendeine andere Position einzunehmen würde bedeuten, das nach fünf Jahren zu schaffende, endgültige Resultat vorwegzunehmen – würde bedeuten, die Selbstverwaltungsbehörde mit den Attributen eines unabhängigen Staates zu versehen. – ›Die Selbstverwaltungsbehörde solle eine sich selbst Ursprung und Macht verleihende Autorität sein. Keine äussere Gewalt solle die Macht an sie verleihen.‹ Diese Position einzunehmen würde wiederum bedeuten, nicht eine Autonomie zu schaffen, sondern vielmehr einen unabhängigen Staat ins Leben zu rufen.

e) *Sicherheit:* Die Rolle der Selbstverwaltungsbehörde wird in den Übereinkünften von Camp David folgendermassen beschrieben: ›Um dazu beizutragen, solche Sicherheit zu schaffen, wird eine starke lokale Polizeitruppe geschaffen... Sie wird hinsichtlich innerer Sicherheitsfragen ständig mit den dazu ausersehenen israelischen, jordanischen und ägyptischen Offizieren Verbindung unterhalten.‹ Es folgt daraus, dass innere (wie auch äussere) Sicherheit in den Händen Israels verbleiben muss. Israel muss der doppelten Bedrohung von Terrorismus und bewaffneter Invasion entgegentreten – und glaubt, dass dies am besten möglich ist, wenn die Rolle der Selbstverwaltungsbehörde hinsichtlich ihrer Polizeitruppe als ›Assistenz‹ definiert wird.

<i>Die Haltung Ägyptens</i>	<i>Die Übereinkünfte von Camp David</i>	<i>Die Haltung Israels</i>
-----------------------------	---	----------------------------

Die Beschaffenheit der Autonomie

›Die Autorität der Selbstverwaltungsbehörde (SVB) erstreckt sich sowohl auf die Einwohner wie auch auf die Gebiete der Westbank und des Gaza-Streifens.‹

›... volle Autonomie für die Einwohner (der Westbank und des Gaza-Streifens)...‹

Autonomie ist namentlich und speziell für die ›Einwohner‹ der Gebiete – nicht für das Territorium als solches vorgesehen.

Die Beschaffenheit der Selbstverwaltungsbehörde

›... die Machtbefugnisse, die von der SVB ausgeübt werden sollen, enthalten volle legislative und exekutive Autorität (und) ... Rechtspflege.‹

›Sobald die Selbstverwaltungsbehörde (Verwaltungsrat) in der Westbank und Gaza geschaffen und ermächtigt ist, beginnt die Übergangsperiode von fünf Jahren Dauer.‹

Der Ausdruck ›Verwaltungsrat‹ definiert und qualifiziert die Machtbefugnisse der SVB. Ein Verwaltungsrat kann nicht legislative, exekutive und rechtspflegerische Funktionen ausüben.

Die Machtbefugnisse der SVB

›Die Übergabe der Autorität an die SVB impliziert die Übergabe aller Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten, die augenblicklich von der Militärverwaltung und deren ziviler Administration ausgeübt werden.‹

›Die Parteien werden eine Übereinkunft aushandeln, die die Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten der Selbstverwaltungsbehörde festlegt.‹

Die Parteien müssen verhandeln, um ›festzulegen‹, welche Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten der SVB übertragen werden – und welche in den Händen Israels verbleiben sollen.

Die palästinensischen Araber

»Das Ziel (ist) ... die Verwirklichung deren (des palästinensischen Volkes) legitimer Rechte – eingeschlossen ihr Recht auf Selbstbestimmung.«

»... die Palästinenser werden sich an der Bestimmung ihrer eigenen Zukunft beteiligen ...«

Über die »Teilnahme« der Palästinenser an der Bestimmung ihrer Zukunft hinauszugehen würde bedeuten, die letztendliche Entscheidung über die Gebiete vorwegzunehmen.

Die Verleihung der Autorität

»Sie (die SVB) ist eine sich selbst ermächtigende Autorität. Keine äussere Quelle verleiht ihr die Autorität.«

(Nicht Gegenstand der Übereinkünfte von Camp David.)

Jede Autonomie, die jemals verwirklicht wurde, wurde von einer Gewalt ausserhalb ihrer selbst gewährt. Die Quelle der Autorität ist in diesem Fall die israelische Militärverwaltung.

Jerusalem

»Die Annexion Ostjerusalems ist null und nichtig und muss aufgehoben werden. Jerusalem ist ein integraler Bestandteil der Westbank. Der Sitz der SVB soll Ostjerusalem sein.«

(Nicht Gegenstand der Übereinkünfte von Camp David.)

Jerusalem, die Hauptstadt Israels, ist vereint und unteilbar.

Die Siedlung

»Die israelischen Siedlungen in der Westbank und dem Gaza-Streifen sind illegal und müssen im Falle einer endgültigen Regelung zurückgezogen werden. Während der Übergangsperiode sollte auf die Errichtung neuer Siedlungen oder die Ausweitung existierender Siedlungen verzichtet werden. Nach Einsatz der SVB werden alle Siedler in der Westbank um den Bezirk Gaza der Autorität der SVB unterstehen.«

(Auf Verlangen des Präsidenten Carter stimmte Israel einem Einfrieren der Errichtung neuer Siedlungen in den Gebieten zu: für drei Monate Dauer nach Abschluss der Übereinkünfte von Camp David.)

Eretz Israel (»Palästina«) ist das jüdische Heimatland, in das Juden rechtmässig zurückgekehrt sind. Genauso wie sie in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem zu leben berechtigt sind, haben Juden das Recht, in Judäa-Samaria und dem Bezirk Gaza zu leben – ganz genauso, wie sie es jahrzehntelang bis zur arabischen Invasion von 1948 taten. Dieses Recht ist untrennbar verbunden mit den Erfordernissen der vitalen nationalen Sicherheit Israels.

Die Sicherheit

»Die SVB übernimmt die Verantwortung für ... die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit... (und) hat die volle Macht bezüglich ... der inneren Sicherheit... Die Erlaubnis der SVB wird notwendig sein für jede Bewegung von Truppen in oder durch das Territorium... Die Verantwortung für Sicherheit und öffentliche Ordnung wird gemeinsam durch die Parteien beschlossen, unter Teilnahme der Palästinenser ...«

»... die verbleibenden israelischen Streitkräfte werden in näher bestimmte Sicherheitspositionen zurückgezogen. Die Übereinkunft wird auch Massnahmen zur Sicherung der inneren und äusseren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung enthalten... Alle notwendigen Massnahmen und Vorsorgen werden getroffen werden, um die Sicherheit Israels und seiner Nachbarn während der Übergangsperiode und nachher zu gewährleisten... Um dazu beizutragen, solche Sicherheit zu gewährleisten, wird durch die SVB eine starke lokale Polizeitruppe geschaffen... sie wird hinsichtlich innerer Sicherheitsfragen ständig mit den dazu ausersehenen israelischen, jordanischen und ägyptischen Offizieren Verbindung unterhalten.«

Die letztendliche Verantwortung für die innere wie auch die äussere Sicherheit Israels muss in den Händen Israels verbleiben, so dass Israel der doppelten Bedrohung durch Terrorismus und bewaffnete Invasion wirksam entgegentreten kann. Die Rolle der SVB in dieser Hinsicht ist klar durch die Ausdrücke »Beitrag« (assistance) und »Verbindung« (liaison) gekennzeichnet; die Verantwortung soll nicht in den Händen dieser Truppe liegen (also nicht die volle und alleinige Verantwortung). Es gibt ebenfalls keine Grundlage für das Ansinnen, Israel soll von der SVB eine Erlaubnis für Truppenbewegungen zu den, von den und zwischen den Sicherheitspositionen erwirken – und es ist unvorstellbar, dass Israel irgend jemandem eine solche Veto-Möglichkeit über derartige Bewegungen einräumen könnte.

Die Vergangenheit: Verwerfene Lösungsmöglichkeiten

Israels Autonomie-Vorschlag wurde vorgelegt nach einer langen Geschichte verworfener Vorschläge, die für eine oder mehrere der Parteien unannehmbar gewesen waren.

a) Ein unabhängiger palästinensischer Staat

Dieser Lösungsvorschlag wurde im Anschluss an den Krieg von 1967, und zwar von den kürzlich gegründeten Terrororganisationen, ins Leben gerufen. Vor dieser Zeit waren Judäa und Samaria von Jordanien annektiert gewesen; die Annexion war 1950 erfolgt, hatte jedoch auf internationaler Ebene keine Anerkennung gefunden. (Bis auf Grossbritannien und Pakistan hatte sich die internationale Gemeinschaft geweigert, diese Annexion zu billigen – selbst die Länder der arabischen Liga hatten darauf verzichtet.) Der Gaza-Streifen wurde zu gleicher Zeit von Ägypten regiert. Die Einwohner von Judäa-Samaria behielten die jordanische Staatsbürgerschaft auch nach 1967, und der Vorschlag eines eigenen, unabhängigen Staates wurde im wesentlichen durch arabische Terroristenorganisationen mit Sitz in Beirut aufgebracht und propagiert. In diesem Zusammenhang sollte wohl nicht unerwähnt bleiben, dass im historischen Lande Palästina bereits zwei Staaten existieren, und dass einer von ihnen – nämlich Jordanien – eine ethnische Mehrheit von Palästinensern aufzuweisen hat. Dieser Vorschlag wollte somit effektiv nichts anderes, als einen zweiten palästinensischen Staat auf dem Boden Palästinas – und damit nichts weiter als einen 23. arabischen Staat zu errichten.

Eine solche Lösung kann für Israel unter keinen Umständen akzeptabel sein. Die Errichtung eines weiteren palästinensischen Staates würde ein politisches Vakuum schaffen, das durch die terroristischen Organisationen aufgefüllt werden würde; ein solcher Staat wäre ein Stützpunkt für die Sowjetunion oder deren kubanische Ableger, und er würde die langfristigen Interessen des Westens und die nackte Existenz Israels bedrohen.

Präsident Sadat erklärte dazu:

»Ich bin gegen einen unabhängigen palästinensischen Staat, weil dies – nach meinem eigenen Urteil und nach dem Urteil vieler Politiker im Nahen Osten: auch arabischer Politiker – weil dies destabilisierender Faktor und nicht im Interesse der Vereinigten Staaten wäre.«
(Statement im Weissen Haus am 25. Februar 1980)

b) Teilung des Territoriums

Frühere israelische Regierungen haben vorgeschlagen, Judäa und Samaria zu teilen. Solche Vorschläge verlangten im Prinzip nach »sicheren und anerkannten Grenzen« statt der unsicheren Linien von 1949 und zeigten Bereitschaft zum »Rückzug der Streitkräfte aus Gebieten, die im letzten Konflikt (d. h. 1967) besetzt worden waren« (Rückzug aber nicht aus *allen* Gebieten). So sollte Israel Gebiete behalten, die für seine Sicherheit von grundlegender Bedeutung sind, während die bevölkerten Kernstücke von Judäa und Samaria unter die Kontrolle Jordaniens zurückgegeben werden sollten.

Diese Vorschläge wurden von König Hussein von Jordanien stets zurückgewiesen – im jüngsten Falle am 24. April 1980. König Hussein besteht auf der totalen und bedingungslosen Räumung aller Gebiete durch Israel.

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass eine überwältigende Mehrheit der Israelis eine Rückkehr zu den verletzlichen Linien von vor 1967 entschieden ablehnt. Keine andere gangbare Lösung ist jemals von

einer anderen Partei vorgelegt worden. Der Autonomie-Vorschlag ist somit die einzige Lösung, mit der sich ein arabischer Staat einverstanden erklärt hat. Es ist eine Lösung, die im Verlauf eines langen und schwierigen Verhandlungsprozesses gewachsen ist und die neben dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag den anderen Teil der Übereinkünfte von Camp David repräsentiert. Überdies ist es eine Lösung, die mit den ursprünglichen Forderungen eben dieser Resolution im Einklang steht und daraus sich herleitet: Sie fordert einen Frieden, »in dem jeder Staat der Region in Sicherheit leben kann«. In diesem Geiste hat Israel im Friedensvertrag mit Ägypten so weitreichende territoriale Opfer gebracht – und hat den Weg zur Autonomie für Judäa, Samaria und Gaza geöffnet. Ägypten erkannte die Wohlüberlegtheit der schrittweisen Annäherung an die Frage nach dem letztendlichen Status der fraglichen Gebiete an, und damit einigten sich die Parteien auf die Abmachungen von Camp David.

Jede Änderung dieser grundlegenden Sätze würde die Entscheidung über den endgültigen Status der Gebiete vorwegnehmen – und würde somit die einzige Lösung untergraben, auf die sich die Parteien geeinigt haben. Eine Änderung würde gleichzeitig jede Möglichkeit künftiger gesunder und konstruktiver Verhandlungen zerstören.

Die Sicherheit Israels war ein Leitgedanke sowohl der Resolution 242² als auch der Abmachungen von Camp David. Diesen Leitsatz zunichte zu machen würde bedeuten, Israels Sicherheit in Frage zu stellen und zu gefährden. Weiter würde dies bedeuten, den gesamten Nahen Osten zu gefährden.

Das ständige Komitee

Während der vorgeschlagenen Übergangsperiode sehen die Vereinbarungen von Camp David auch die Einrichtung eines ständigen Komitees vor. Dieses Komitee würde sich mit der Zulassung von Personen befassen, die im Verlauf des Sechs-Tage-Krieges von 1967 heimatlos wurden – dazu mit Fragen der öffentlichen Ordnung und anderen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse. Die Mitglieder des Komitees wären Repräsentanten Israels, Ägyptens und Jordaniens sowie Repräsentanten der Selbstverwaltungsbehörde in den autonomen Gebieten.

Seit dem Abschluss der Übereinkünfte hat Israel kontinuierlich Flexibilität und Bereitschaft gezeigt, praktische Abmachungen für die Arbeit des Komitees zustandekommen zu lassen. Israel hat der Hinzunahme von Repräsentanten der Vereinigten Staaten zu diesem Komitee zugestimmt und auch der Hinzunahme solcher Angelegenheiten zu dessen Tagesordnung, die nicht als unmittelbar lösbar erscheinen; dazu gehören die Entwicklung gemeinsamer Wasserreserven und andere wirtschaftliche Fragen.

Jerusalem

Festgestellt werden muss deutlich, dass der Autonomie-Plan sich nicht auf Jerusalem bezieht und dass sämtliche Fragen, die die Zukunft der Stadt betreffen, nicht in die Tätigkeitsbereiche der verhandelnden Gremien einbezogen sind.

Während zwar ein Gesprächspunkt innerhalb der Diskussion in Camp David, wurde Jerusalem nicht zum Gegenstand der Übereinkünfte von Camp David gemacht. Es war deutlich als ausserhalb der Grenzen der vorgeschlagenen autonomen Gebiete betrachtet worden,

² S. o. S. 68, Anm. 2.

und jede Übereinkunft über die Zukunft jener Gebiete sollte nur auf die Gebiete selbst Anwendung finden. Jerusalem ist die Hauptstadt des jüdischen Volkes – und ist es immer gewesen. Heute ist die Bevölkerung der Stadt – von der mehr als 75 Prozent jüdische Bevölkerung ist – in einer offenen, sich entwickelnden und lebensfrohen Stadt wiedervereint; das Wachstum der Stadt lag im Interesse aller – und alle haben daraus Nutzen gezogen. Die Entweihung und Vernachlässigung Ostjerusalems durch die jordanische Besatzungsmacht gehören der Geschichte an. Der kleine Teil Jerusalems, der sich unter jordanischer Besatzung befand, ist nun ein integraler Bestandteil der Stadt und des Staates Israel; alle seine Einwohner genießen das Recht der Teilnahme an den städtischen Wahlen – und üben es aus. Eine Rückkehr zu irgendeiner Form der Teilung wäre nicht nur gekünstelt und abwegig, sondern würde im Gegenteil jede Aussicht auf zukünftige Harmonie, Koexistenz und den Geist gegenseitiger Achtung und Toleranz: all diesem zuwiderlaufen, das sich seit der Wiedervereinigung entwickelt hat. Israel wünscht nicht, irgendeinen Teil Jerusalems unter den Autonomie-Plan zu stellen, da dies, genau besehen, nichts anderes bedeuten würde, als wieder eine Teilung der Stadt einzuführen. Eine solche neuerliche Teilung, in welcher Form oder Gestalt auch immer, ist und bleibt für Israel vollkommen unannehmbar.

Treffen in der Mitte des Weges

Israel kann auf den bisherigen Prozess der Friedenssuche mit einem Gefühl der Zufriedenheit über die Ergebnisse zurückblicken. Für Israel war das die Verwirklichung eines Traumes – des Traumes vom Frieden. Es ist dies ein Erreichtes, das Israel keinesfalls gefährden möchte.

Der Friedensprozess kann nur in einem unbehinderten Vorgang von Verhandlungen fruchtbar werden – von Verhandlungen, die frei sind an äusserem Druck und äusserer Einmischung und die sich gründen auf das, was bisher erreicht werden konnte. Israel vertritt daher die Ansicht, dass es innerhalb der hinsichtlich seiner Sicherheit notwendigen Schranken – und Rechnung tragend der steten doppelten Drohung durch Terrorismus und Invasion von seiner östlichen Begrenzung her – wohl möglich ist, volle Autonomie – wie in Camp David vereinbart – zu erreichen. Dass es gleichfalls möglich ist, die Vorteile des Friedens auf andere Elemente im Nahen Osten auszudehnen, die ihn aus tiefstem Herzen erhoffen: in erster Linie auf die palästinensischen Einwohner Judäas, Samarias und Gazas. Als Präsident Sadat im November 1977 Jerusalem besuchte, wurde ein Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten binnen Jahresfrist erstrebt. Wie es sich dann zeigte, benötigte es 16 Monate, um die Verhandlungen abzuschliessen; diese Tatsache macht den Vertrag, der schliesslich zwischen beiden Ländern geschlossen wurde, keinesfalls weniger wertvoll – oder weniger beachtenswert und ergreifend als historische Wende.

In ähnlicher Weise gibt es auch im Fall der Autonomie-Gespräche keinen Anlass zur Weltuntergangsstimmung, weil das zum Ziel gesetzte Datum sich näherte und die Möglichkeit offenbliebe, ein Abkommen könne bis dahin nicht erreicht sein. Da beide Seiten dazu entschlossen sind, diese Verhandlungen so schnell als möglich zu einem guten und erfolgreichen Ende zu bringen – und beide Seiten haben dies verschiedentlich zum Ausdruck gebracht –, da beide Seiten entschlossen sind, wird ein Abkommen gewisslich erzielt werden: vor oder nach dem 26. Mai.

III Aus einem Interview mit Shimon Peres, dem Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei^{*/**}

Aus dem längeren Interview mit Shimon Peres in der »Welt« vom 4. Juli 1980 entnehmen wir einige Ausschnitte und ergänzen dies durch eine Mitteilung aus der in Israel in englischer Sprache erscheinenden »Jerusalem Post«:^{1/a}

Die »Jerusalem Post« berichtet: ... In einem Interview mit »Die Welt« am Freitag [4. 7. 1980] ergänzte Peres: »Sollte die Arbeiterpartei wieder an die Regierung zurückkommen, so würde sie bis zu einer endgültigen Lösung eine gemeinsame israelisch-jordanische Verwaltung der Westbank vorschlagen. Wir werden dem Gaza-Streifen Autonomie gewähren, gemäss dem Abkommen von Camp David² und bis der endgültige Status in Verhandlungen mit Jordanien bestimmt werden soll.«

Der »Welt« entnehmen wir das Nachfolgende:^{**}

Welt: ... Glauben Sie, dass Westjordanien aufgrund seiner Geschichte und der Bibel zum jüdischen Staat gehört?

^{*} Nach Redaktionsschluss.

^{**} Entnommen aus: Ranan R. Lurie: Israels Oppositionsführer Shimon Peres erläutert sein politisches Programm: Ich gebe den Arabern Land zurück (Welt-Interview). In: »Die Welt«, Nr. 154. Hamburg, 5. 7. 1980.

¹ Vgl. »Peres proposes joint rule for West Bank«, in: »The Jerusalem Post«, International Edition, Nr. 1027, Jerusalem, July 6 – July 12, 1980.

^{1a} Aus dem Englischen übersetzt.

² Vgl. o. S. 69.

Peres: Zweifellos gehört das Westufer historisch zu Israel, aber wir haben es hier nicht nur mit historischen Annahmen zu tun. Wir stehen vor demographischen Tatsachen, und wenn Israel ganz Westjordanien in seine Grenzen eingliedern würde, müsste es sich wandeln und eine dominierende Nation werden. Während wir das historische Recht haben, haben wir auch die historische Pflicht, unseren eigenen Charakter nicht zu verderben. Ein jüdischer Staat zu sein bedeutet nicht lediglich ein numerisches Unterfangen, sondern bringt auch eine moralische Verpflichtung mit sich³. Aus diesen Gründen komme ich zu einem anderen Schluss ...

... Wir müssen Umschau halten und uns fragen, wer der ernsthafteste Partner ist, mit dem wir über die Zukunft Westjordanien verhandeln können ... Offensichtlich Jordanien. Leute wie ich sind bereit, Teile Westjordanien wieder arabischer Herrschaft zu übergeben, unter der Bedingung, dass sie entmilitarisiert bleiben ...

Ich bin für die Lösung des palästinensischen Problems – ich glaube, es kann gelöst werden, und zwar innerhalb

³ Vgl. dazu: »Haben wir keine Hoffnung auf Frieden?« Von Shimon Peres (ehem. Minister des Staates Israel für Verkehr und Postwesen sowie f. d. von Israel verwalteten Gebiete), in: FrRu XXIII/1971, S. 42 ff. sowie: Ders.: »David's Sling, The arming of Israel«, London 1970 (vgl. ebd.).
(Alle Anmerkungen d. Red. d. FrRu.)

eines ganz klaren Rahmens... Wir werden dem Gaza-Streifen Autonomie gewähren (vgl. o. S. 69) und auf diese Weise den Frieden mit Ägypten bewahren.

Welt: Wie vorherrschend ist in Ihrem Denken das Prinzip Israels als eines jüdischen Staates?

Peres: Das wird meine Priorität sein... Das jüdische Volk hat im Verlauf der Geschichte so sehr gelitten, dass man seinen Leiden nur dann ein Ende setzen kann, wenn es einen eigenen Staat hat. Ausserdem glaube ich, dass die Juden eine geschichtliche Botschaft tragen.

Welt: Welche?

Peres: Dass die Moral vor der Ästhetik rangiert...

Welt: Trägt auch das wesentlich dazu bei, dass Sie es ablehnen, bewohnte Gebiete am Westufer und im Gaza-Streifen – physisch oder moralisch – in den israelischen Staat einzugliedern?

Peres: Ja, ja, sicher.

Welt: Wer wären die besten Freunde Israels in Europa zum Beispiel?

Peres: Ich glaube, dass in Zukunft die arabischen Länder unsere besten Freunde sein sollten.

...

IV Botschafter-Austausch in Kairo und Jerusalem seit 26. 2. 1980*

Jerusalem/Kairo (dpa/rtr)

... Die ersten Botschafter Israels und Ägyptens [haben am Dienstag, 26. 2. 1980] in Kairo und Jerusalem ihre Beglaubigungsschreiben überreicht. Sowohl der israelische Präsident *Navon* als auch Ägyptens Staatsoberhaupt *Sadat* sprachen bei den Zeremonien die Hoffnung aus, dass dieser Schritt zu den Bemühungen um einen dauerhaften Nahost-Frieden beitragen werde...

Hunderttausende von Palästinensern in den von Israel besetzten Gebieten hatten aus Protest die Arbeit niedergelegt, als Ägyptens Botschafter *Mortada* dem israelischen Präsidenten gegenüberstand und ein Musikkorps der Polizei die Nationalhymnen beider Länder spielte. *Navon* betonte, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten nicht nur regionale, sondern weltweite Bedeutung habe. »Wir hoffen deshalb, dass alle friedliebenden Nationen in der ganzen Welt ihre tatkräftige Unterstützung unserer Bemühungen um eine Fe-

* Vgl. betr. Austausch von Botschaftern in FrRu XXX/1978, S. 7, IV, Anm.*

stigung des Friedens zum Ausdruck bringen und nichts unternehmen, was den zarten Spross gefährden könnte, den wir in diesen blutdurchtränkten Boden gepflanzt haben.« *Mortada* hob hervor, dass die Bemühungen um einen umfassenden Frieden im Nahen Osten »zunächst und vor allem« der Verwirklichung der Rechte der Palästinenser gewidmet werden müssten.

In Kairo bezeichnete Präsident *Sadat* den Botschafteraustausch als »lebendiges Symbol unserer festen Entschlossenheit, in Frieden und Harmonie miteinander zu leben«. Er fügte hinzu: »Lassen Sie uns bei diesem historischen Anlass geloben, unsere geheiligte Mission zu vollenden und den Friedensprozess unumkehrbar zu machen.« Botschafter *Dr. Ben Elissar* würdigte die Bemühungen *Sadats*, der vor mehr als zwei Jahren mit seinem Israel-Besuch¹ diesen Prozess eingeleitet hatte.

Mit Verbitterung reagierte die arabische Welt auf den Botschafteraustausch...

¹ Vgl. FrRu XXIX/1977, S. 64 ff.

V Rede von Abba Eban vor der Knesset am 19. 3. 1980: Israel und Westeuropa*

In den letzten Wochen ist eine veränderte Haltung der westeuropäischen Staaten gegenüber dem israelisch-arabischen Konflikt zu verzeichnen. Die zunehmende Bereitschaft, die Organisation der PLO aufzuwerten und die Resolution 242¹ dementsprechend zu ändern, haben in Israel ernsthafte Besorgnis hervorgerufen.

Am 19. März 1980 befasste sich die Knesset in einer eigens einberufenen Debatte mit der Haltung der europäischen Staaten. Nachfolgend die Rede des Knessetmitgliedes und ehemaligen Aussenministers *Abba Eban*, der die Debatte eröffnete. Er vertritt darin die Haltung der Arbeiterpartei, die die Opposition führt.

Am 3. März 1980 gab der Präsident Frankreichs in Kuwait eine Erklärung über das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ab. Die Erklärung war ohne jeden Vorbehalt formuliert und nahm keine Rücksicht auf mögliche Auswirkungen, die eine Anwendung dieses Prinzips auf Israel haben kann.

Die europäischen Politiker werden wohl nicht bestreiten, dass die Flut ähnlicher Erklärungen, die wir seit Anfang März 1980 erleben mussten – Statement reihte sich an Statement, von Qatar nach Oman, von Oman nach Riad, von Riad zu den Emiraten am Golf – dass also die hektische Folge dieser Erklärungen sowohl im Zusammenhang wie auch im Zeitpunkt in besonderer Art und Weise

* In: »Zur Sache«, Dokumentationsblätter, hrsg. von der Israelischen Botschaft, Presse- und Informationsabteilung, Bonn-Bad Godesberg, April 1980: S. 1–6; dsgl. in »Jüdischer Pressedienst«, hrsg.: Zentralrat der Juden in Deutschland, Nr. 3/4, S. 47.

¹ S. Resolution 242 vom 22. 11. 1967 in: FrRu XXV/1973, S. 73.

mit einem gewissen Rohstoff verbunden ist, der – und zwar in allem Überfluss – gerade in denjenigen Ländern erhältlich ist, die der Präsident der französischen Republik besucht hat.

Der ersten Erklärung in Kuwait folgte Schlag auf Schlag eine Serie weiterer. Vor mir liegen Erklärungen, die innerhalb von vierzehn Tagen von hohen Regierungsvertretern der Bundesrepublik Deutschland, Grossbritanniens, Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Österreichs und Schwedens abgegeben wurden. Nahezu alle entstanden auf dem Boden arabischer Länder oder im Verlauf offizieller Besuche arabischer Staatsoberhäupter in Europa.

Dem Volk in Israel sind die Besorgnisse nicht gleichgültig, die die europäischen Regierungen angesichts der internationalen Wirtschaftskrise bewegen, die auf Schwierigkeiten in der Energieversorgung und auf steigende Energiekosten zurückzuführen ist. Dennoch werden neue politische Definitionen über Israels Verhältnis zu seinen Nachbarn in Umlauf gesetzt, ohne dass man diese mit Israel selbst abgesprochen oder auch besprochen hätte.

Während die Reihe europäischer Erklärungen tagtäglich lautstark fortgesetzt wurde, unterlag der Inhalt einem Wandel. Natürlich bezogen sie sich hier und da auf Israel – gleichsam in der Art eingeklammerter, nachträglicher Einfälle – auf Israel als einen Staat, der »auch« berechtigt sei, innerhalb sicherer Grenzen zu leben. Aber es kann

kein Zweifel daran bestehen, wo die eigentliche Betonung liegt. Der Forderung, einen dreiundzwanzigsten arabischen Staat zu errichten, wird in diesen europäischen Erklärungen mehr Gewicht verliehen als dem Recht des jüdischen Volkes, seine Souveränität in seinem einzigen kleinen Staat zu bewahren. Wir wurden von der Mitte des Blattes an den Rand gedrängt.

Die europäischen Erklärungen sind in ihrem Inhalt nicht identisch, aber sie haben gewisse Gemeinsamkeiten. Sie enthalten keinen angemessenen Bezug auf die Bedeutsamkeit des Erreichten, das der Abschluss eines Friedensvertrages und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Israel und Ägypten darstellen. Wie George Ball in einem kürzlich erschienenen Artikel bemerkte, hat das ägyptisch-israelische Thema nicht allzu viel mit Öl zu tun . . . es hat jedoch mit Blut zu tun! Zehntausende von Ägyptern, Arabern und Israelis fielen in den Kriegen, die im wesentlichen durch die Initiative oder mit Beteiligung Ägyptens ausbrachen. Wer denkt daran, wie viele Menschenleben durch Schaffung friedlicher Beziehungen erhalten werden?

Wird hier nicht eine Frage aus einer historischen Debatte berührt? Ist nicht das europäische Bewusstsein, so berühmt für seinen begrifflichen Reichtum und seine Empfindlichkeit für historische Bewegungen, aufgewühlt durch die Tatsache, dass die Völker Ägyptens und Israels, deren Zusammentreffen in der Antike der menschlichen Geschichte einen unauslöschlichen Stempel aufgedrückt hat, nun wieder Berührung miteinander aufnehmen in einer Weise, die gänzlich verschieden ist von allem, was sich in der Vergangenheit abgespielt?

Alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft zollten den Abmachungen von Camp David Hochachtung zu der Zeit, da sie geschlossen wurden. Nun sind die Europäer verstummt.

Die europäischen Staaten haben die Verabschiedung der Resolution 242² unterstützt. Doch keine der europäischen Erklärungen vom März 1980 nimmt auf dieses Dokument auch nur Bezug. Die Regierung Belgiens verkündet zusammen mit der Regierung des Irak, dass ein israelischer Rückzug aus »allen Gebieten« – »tous les territoires arabes occupés« – erfolgen müsse. Soviel ich weiss, meint die Regierung des Irak mit diesem Ausdruck nicht nur ausschliesslich jene Gebiete, die im Jahre 1967 unter israelische Kontrolle kamen. Unterdessen beschreiben britische Minister die Resolution als ein Dokument, das die arabischen Rechte nicht zur Genüge berücksichtigt.

Kurzum, ein grundlegender Wandel zeigt sich in den etablierten europäischen Definitionen, soweit sie die Beziehungen betreffen, die zwischen Staaten und Nationen im Nahen Osten bestehen.

Da der Nachdruck auf das Prinzip der Selbstbestimmung gelegt wird, lassen Sie mich betonen, dass dieses Prinzip – wie die meisten internationalen Doktrinen – sowohl zum Guten wie auch zum Bösen wirken kann. In Hitlers Händen hat es als Werkzeug für die Zerstückelung Europas gedient, während es für viele Völker, die ehrlich und im guten Glauben nach ihrer Befreiung aus fremder Herrschaft strebten, erhebender Leitsatz gewesen ist. Oft hörte man den Ausdruck von jüdischen Führern selbst, die den Anspruch des jüdischen Volkes zu rechtfertigen suchten, sein Schicksal selbst in seinem ersten und einzigen Heimatland zu bestimmen. Schlicht gestellt lautet die Frage nicht nur »Wer wird Selbstbestimmung ausüben?« – sondern auch »Welche Konsequenzen hat die Ausübung dieser Selbstbestimmung auf andere Staaten?« Und weiter: Ist

dieses Prinzip dann nur auf die Palästinenser anzuwenden? Wie steht es um die Kurden, die Armenier, die Basken, die Schotten, die Völker Biafras, Katangas und Eritreas? Es gibt nur wenige Staaten, in denen eine völlige, unbegrenzte Anwendung dieses Prinzips nicht zu ihrer völligen Auflösung führen müsste.

So bestimmte denn im Jahre 1967 ein Sonderausschuss der Vereinten Nationen, der sich mit den »Grundlagen des Internationalen Rechts« befasst, dass jenes Prinzip der Selbstbestimmung nicht in einer Weise anzuwenden sei, die bestehende Staaten gefährden oder deren Zerstückelung bedeuten würde. Im spezifischen Klima des französischen Staatsbesuches in Kuwait taucht jedoch keine Spur dieser Vorbehalte auf. Selbstbestimmung erhebt sich dort ungehindert – ohne jedwede notwendige Schranke.

Aber die Frage nach der Selbstbestimmung beinhaltet nicht nur: Wer soll was bestimmen? – sondern auch: wie, wann, unter welchen Umständen und mit welchen Einschränkungen. Die Frage ist eine Frage der Umstände, des Zusammenhanges und der Zeitwahl. Man kann sich bedenklidere Umstände, einen verfehlteren Zusammenhang und einen unpassenderen Zeitpunkt als diejenigen, die die Erklärungen der europäischen Führer inspiriert haben, kaum noch vorstellen. Die Umstände: Staatsbesuche, unternommen, um Ölversorgung und Waffengeschäfte zu sichern. Der Zusammenhang: Forderungen nach »Selbstbestimmung« für die Palästinenser, bevor und ohne dass diese die Souveränität Israels oder allgemeingültige internationale Normen anerkannt hätten. Der Zeitpunkt: Eine empfindliche Phase in einem Friedensprozess, zu dem Europa wenig oder gar nichts beigetragen hat, der aber bereits ein Friedensabkommen ins Leben gerufen hat und der weitere Abkommen bewirken und letztlich eine umfassende Friedensregelung erreichen soll.

Sechzehn Monate sind seit der Reise Anwar Sadats nach Jerusalem und seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages verstrichen. Doch die Spitzenpolitiker Frankreichs, Grossbritanniens, Deutschlands, Belgiens, Luxemburgs und Österreichs zeigen nicht die Absicht, sich einige weitere Monate in Geduld zu üben und angemessenes Schweigen zu wahren, während die Bemühungen Israels, Ägyptens und der USA sich in Übereinstimmung mit den Abmachungen von Camp David entfalten.

Das verblüffende Phänomen in Europa ist, dass diese Woge von Erklärungen über Israels Pflicht, die Rechte der Palästinenser zu berücksichtigen, zu einem Zeitpunkt kommt, da kein palästinensischer Faktor von seiner feindlichen Haltung gegen Israel abgewichen ist. Israel soll genötigt werden, die PLO anzuerkennen, während Giscard, Lord Carrington und Schmidt höflich auch weiterhin Israel sein Existenzrecht zuerkennen. In diesen Erklärungen gibt es kein Anzeichen von Druck, um einen Wandel in der palästinensischen Haltung zu bewirken. Eine erstaunliche Asymmetrie nimmt die Palästinenser aus von der schwierigen ideologischen und politischen Wandlung, durch die *Anwar Sadat* gegangen ist. Die skeptischen und reservierten Bemerkungen Sadats zu der Erklärung aus Paris verdienen viel Aufmerksamkeit.

Europa handelt hastig und unausgewogen, indem es den Palästinensern Legitimität verleiht, ohne zuvor auf irgendwelche Änderungen der palästinensischen Haltung zu dringen³. Damit verspielt die Europäische Gemeinschaft ihre Karte, mit der sie möglicherweise einige Mässigung im palästinensischen Lager hätte erwirken können.

³ Vgl. u. a. dazu: *Yehoshafat Harkabi*: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung. Stuttgart-Degerloch 1980. Seewald Verlag. 190 Seiten.

(Alle Anmerkungen d. Red. d. FrRu.)

² Vgl. a. O., Anm. 1.